

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Seite mit großem Sportteil!

Verleger: Robert Debes, Dresden, Neumarkt 10. Druck: Debes'sche Buchdruckerei, Dresden, Neumarkt 10.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 31. Oktober 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.80 Mk. ... Unzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach demselben berechnet: die einfache 20 mm breite Zeile 30 Pfg. ...

Abonnementpreise: halbjährlich 3.42 Mk., jährlich 6.84 Mk. ...

Rönisch-Flügel Höchster Klangadel

Rönisch-Pianos Edelste Töne

Rönisch-Phonola-Instrumente

Ein Segen für die klavierspielende Menschheit! Edvard Grieg

24 Waisenhausstraße 24

Größte Ausstellungsräume eigener Fabriken am Platze

## Die Fürstenhebe geht weiter.

### Die Sozialdemokraten wollen ein Ausnahmegesetz gegen die Hohenzollern.

#### Kein Separatismus im Rheinland! — Eine bürgerliche Regierung in Danzig. — Gefallenenehrung des Köfener S.-G.

### Die Furcht vor der kommunistischen Konkurrenz.

Berlin, 16. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Entwurf eines Gesetzes betreffend Aufenthalt der Mitglieder vormals landbesitzender Familien im Reichsgebiete eingebracht:

1. Mitglieder solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in einem ehemaligen deutschen Bundesstaate regiert hat, ist von der Reichsregierung das Bestehen des Reichsgebietes oder der Aufenthalt darin zu unterlassen oder auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches zu beschränken, falls die Befugnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Im Falle der Summierung sind sie durch Befehl der Reichsregierung, der mit Gründen zu versehen und dem Betroffenen anzuhängen ist, aus dem Reichsgebiete auszuweisen.

Dem ehemaligen Kaiser und König von Preußen Wilhelm II. wird das Bestehen des Reichsgebietes und der Aufenthalt darin unterlagert. Für den Fall, daß Wilhelm II. heimliche Unternehmungen gegen das Reich oder den Preussischen Staat richtet, hat der preussische Staat das Recht, das durch den Vertrag vom 12. Oktober 1925 — 6. Oktober 1926 den Mitgliedern des vormals regierenden preussischen Königshauses zuerkannte Vermögen einzuziehen.

2. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Der zweck- und sinnlose sozialdemokratische Agitationsantrag gegen die Familie der Hohenzollern ist die erste Frucht der kommunistischen Einschüchterungsversuche im Preussischen Landtag. Nicht genug damit, daß sie ihre Minister bei Erledigung des Hohenzollern-Vergleiches im Stich gelassen hat, versucht die Sozialdemokratie nun aus Angst vor der kommunistischen Konkurrenz, die Fürstenhebe hinter sich zu entwerfen. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß der Antrag im Reichstage außerhalb der marxistischen Reihen viele Freunde finden wird; er wird aber seinen Zweck schon erfüllt haben, wenn er Anlaß zu heftigen Reden und Blind-

wütiger Parteilagitation gibt. Auf neue wird damit die unbedingte Abhängigkeit der Sozialdemokratie von der kommunistischen Straßenpropaganda und ihre absolute Regierungsunfähigkeit bewiesen.

### Bürgerliche Koalition in Danzig.

Danzig, 17. Oktober. Gestern haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien über die Regierungsbildung zu einem Ergebnis geführt. Damit ist die Regierungskrise beseitigt, wenn auch die Personalfrage noch nicht gelöst ist. Folgende Mitteilung wurde veröffentlicht: Die bevollmächtigten Vertreter der Deutschen Nationalen, des Zentrums, der Deutschen Liberalen und der Beamtengruppe sind in der heutigen Besprechung unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Sahm einig geworden, sich an der Neubildung der Regierung zu beteiligen. Die Hauptaufgabe der Regierung ist die endgültige Herbeiführung der Gesundung der Staatsfinanzen. Diesem Zweck soll ein Ermächtigungsgesetz dienen, das dem Senat die Vollmacht gibt, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Das Ermächtigungsgesetz soll bis zum 31. März 1927 befristet werden; darüber hinaus sollen Maßnahmen für eine Kürzung der Beamtengelder im Einvernehmen mit der Beamtenschaft getroffen werden. Die notwendige Regelung auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge soll innerhalb des Rahmens des Ermächtigungsgesetzes durch ein besonderes, vom Volkstage zu beschließendes Gesetz erfolgen.

### Vor neuen Konkordatsverhandlungen.

Berlin, 17. Okt. Wie gemeldet wird, werden die Konkordatsverhandlungen des Deutschen Reiches mit dem Vatikan in Kürze wieder aufgenommen werden. Man will sich auf einen rein religiösen Vertrag beschränken und Verhandlungen über Schulfragen möglichst vermeiden.

### Polemik in Stuttgart erneut verboden.

Stuttgart, 17. Oktober. Das Volkspräsidium in Stuttgart hat die Aufforderung des Bildstreifens „Vangerzener Potemkin“ für Stuttgart erneut verboten mit der Begründung, daß die Beschränkungen, die seinerzeit zu dem Verbot geführt hätten, auch heute noch unvermindert fortbeständen.

### Ungarns politische Wiedererstarkung.

Budapest, 17. Oktober. Der Landesverteidigungsminister Graf Csaki hielt heute in seinem Wahlbezirk eine Rede, in der er darauf hinwies, daß sich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik große Veränderungen vollzogen hätten. Ungarn habe neue Freunde gewonnen, es sei gelungen, mit Jugoslawien bessere Beziehungen anzuknüpfen. Dies sei nur natürlich, denn Ungarn habe in der Vergangenheit mit Serben und Kroaten immer in Freundschaft und Eintracht gelebt, und jahrhundertlang gemeinsam mit ihnen gegen die Türken Krieg geführt. Es sei zwar noch nicht entschieden, daß Ungarn einen Freihaufen an der Adria erhalte, doch gelte es die Möglichkeit hierfür bereits deutlich ab. Damit werde die Abgeschlossenheit Ungarn von der Welt ihr Ende finden. (W. Z. B.)

### Kronprinz Carol kehrt nach Rumänien zurück.

Die Rückkehr des Kronprinzen Carol nach Rumänien und seine Wiederernennung in die alten Rechte ist jetzt ausgemachte Sache. Der frühere Ministerpräsident Bratianu hat für seine bevorstehende Reise nach Paris eine offizielle Vertrauensurkunde erhalten, den Kronprinzen Carol nach Rumänien zu begleiten.

### Vor einer bedeutsamen Erklärung der internationalen Hochfinanz.

London, 17. Oktober. Das Reutersche Bureau veröffentlicht folgende bemerkenswerte, wenn auch nicht in allen Einzelheiten klare Meldung: Wie wir von einer kompetenten Persönlichkeit der City erfahren, wird nächsten Mittwoch eine Erklärung von größter Bedeutung durch hervorragende Bank- und Geschäftsmänner aller führenden Nationen Europas und der Vereinigten Staaten veröffentlicht werden. Die betreffende Persönlichkeit fügte hinzu, daß die Lage Europas außerordentlich schwierig sei und daß die Mittel, diese Schwierigkeiten zu überwinden, ohne jede Verzögerung gefunden werden müßten. Die bisher verfolgte Politik erhöhe die Schwierigkeiten, statt sie zu mindern. Eine völlige Kursänderung dieser Politik sei also notwendig, um den Kredit wiederherzustellen und um die große Entwidlung des Handels sowie die Zusammenhänge zu schaffen, die die Lage dringend erfordert. Man werde die Bedeutung dieser wichtigen Erklärung voll begreifen, sobald die Namen und die Stellung der Unterzeichner bekannt sein würden.

### Schlussitzung des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 16. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat heute nach dreitägiger Dauer seine Arbeit beendet. In der heutigen Sitzung wurde auf Antrag des polnischen Regierungsvizepräsidenten beschlossen, eine Kommission von zwölf Mitgliedern des Verwaltungsrates einzusetzen, die im Hinblick auf den langsamen Fortschritt in der Ratifikation des Washingtoner Abkommens prüfen soll, welche Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern für die Einführung des Achtstundentages bestehen, und welche Maßnahmen für eine beschleunigte Ratifizierung dieses Abkommens in den Ländern, die Mitglieder des Internationalen Arbeitsamtes sind, ergriffen werden können. Diese Kommission setzt sich aus je vier Vertretern der Regierungsgeschichte, der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmergruppe zusammen.

Von deutscher Seite sind in diese Kommission der Arbeitgeberdelegierte Vogel und der Arbeitnehmerdelegierte Müller gewählt worden. Der Verwaltungsrat beschloß sodann, auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitsamtskonferenz von 1928 die Frage der Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung und der Eingeborenenarbeit in kolonialen Gebieten zu setzen. Die Tagesordnung der Konferenz für 1927 liegt bereits vor und betrifft die Frage der Seearbeit, Gewerkschaftsfreiheit und der Krankenversicherung. Zum Schluss der Sitzung wurde der Termin für die nächste Tagung des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes auf den 26. Januar 1927 festgelegt.

### Einladung der Tschcho-Slowakei zu den Eisenkarstellverhandlungen.

Prag, 16. Oktober. Nach der Prager Presse hat die tschecho-slowakische Eisenindustrie bereits zum 16. Oktober die telegraphische Einladung zu Besprechungen über den Anschluss an das westeuropäische Eisenkarstell erhalten, mußte sie jedoch aus formalen Gründen ablehnen, weil die Formalitäten nicht in der kurzen Zeitspanne erledigt werden konnten. Die inoffiziellen Besprechungen einzelner Vertreter der tschecho-slowakischen Industrie und des Generaldirektors der Alpen Montangesellschaft mit dem Präsidenten des Karstells lassen auf einen günstigen Verlauf der Verhandlungen schließen. In den ersten Tagen der kommenden Woche werden in Prag Verhandlungen zwischen den Vertretern tschecho-slowakischer Eisenwerke stattfinden, in denen über die Ermächtigung der Verhandlungsteilnehmer Beschluß gefaßt wird.

### Schlussfeier der Gelei.

Düsseldorf, 17. Okt. Heute abend fand in der Rheinhalle der Gelei die offizielle Schlussfeier der Ausstellung statt, an der außer der Ausstellungsleitung die Mitarbeiter, Vertreter der Behörden und der Presse und eine Anzahl geladener Gäste teilnahmen. Bei der Feier kam dem Stolz über das Gelingen der Ausstellung in allen Reden zum Ausdruck. Oberbürgermeister Dr. Veßpritz teilte mit, daß die Ausstellung von 7,5 Millionen Besuchern besucht worden sei, wovon mindestens 8,5 Millionen Fremde gewesen wären, und daß ein wertvoller Teil des in der Gelei Gezeigten in einem deutschen Museum für Wirtschaft und Gesellschaft erhalten bleiben werde. (W. Z. B.)

Kattowitz, 17. Oktober. Wegen des Urteils im Volksbund-Prozess werden die Angeklagten Revision einlegen.

## Unterwerfung der russischen Opposition.

### Eine Erklärung der Oppositionsführer.

Moskau, 17. Okt. Die Telegraphenagentur der Sowjet-Union meldet: Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Kamenev, Bjaratow, Solotnikow und Jewdokimow haben eine Erklärung über ihre vorbehaltlose Unterwerfung unter sämtliche Entscheidungen des 14. Parteikonferenzen und unter die Beschlüsse des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission abgegeben. Sie verpflichten sich, diese durchzuführen und alle ihre Anhänger dazu aufzufordern, sämtliche um die Opposition gebildete fraktionelle Gruppierungen sofort aufzulösen. Sie erkennen an, daß sie durch ihr jüngstes Vorgehen in Moskau und Leningrad die Entscheidungen des Zentralkomitees und die Unauflösbarkeit der Diskussion verletzt haben, und verpflichten sich, sich von der rechten Schapanitow-Gruppe entschieden loszusagen und jegliche Unterstützung fraktioneller Gruppen der einzelnen Komintern-Sektionen, sei es Ruth Fischer, Maslow (Deutschland), Souvarine (Frankreich), Gordias (Italien), aufzugeben. Die Unterzeichneten übernehmen die politische Verantwortung für die Handlungen ihrer Anhänger und sprechen die Hoffnung aus, daß die tatsächliche Einstellung des fraktionellen Kampfes seitens der Opposition die Möglichkeit schaffen wird, alle realen Oppositionsanhänger in die Partei wieder aufzunehmen. Sie erklären zum Schluss, daß sie sich verpflichten, die Liquidierung des fraktionellen Kampfes sowie den Kampf gegen erneute Verhöhnungen gegen die Parteidisziplin in jeder Weise zu unterstützen.

Ein gleichzeitig veröffentlichtes Kommuniqué des Zentralkomitees stellt fest, daß für die Sicherung der Parteeinheit erforderliche Mindestmaß durch die Erklärung der Opposition erreicht worden ist.

### Die Großdeutsche Volkspartei bleibt in der Wiener Regierung.

Wien, 16. Okt. Die Großdeutsche Reichsparteileitung hat heute den ganzen Tag über dauernde Beratungen abgehalten und schließlich mit 60 gegen 24 Stimmen beschlossen, das Koalitionsverhältnis mit den Christlich-Sozialen beizubehalten.